

Enteignen? Unbedingt!

Ralf Hutter

Die Wohnung

Pjotr Alexejewitsch Kropotkin

12

Der Text **Enteignen? Unbedingt!** wurde am 26. April 2019 auf heise.de veröffentlicht.
<https://www.heise.de/tp/features/Enteignen-Unbedingt-4406932.html>

Kropotkins **Die Wohnung** ist ein Kapitel aus „die Eroberung des Brotes“ (1919).

Enteignen? Unbedingt!

Ralf Hutter

Kommentar: Die Enteignung von Immobilienfirmen schafft keinen neuen Wohnraum, kann aber viel bringen, wie sich in Berlin zeigt

Endlich, eine Enteignungsdebatte! Obwohl - einige der wichtigsten Akteure verweigern eher die Debatte. Seit im "linksgrünmultikultistraßendreckversifften" Moloch Berlin eine relevante Bewegung die Enteignung der Immobilienfirmen fordert, die mehr als 3000 Wohnungen in der Stadt ihr Eigen nennen, geht die bundesweite Gegenseite so verbalradikal zu Werke, als müsste sie gegen die Berliner Mauer anreden.

CDU/CSU und FDP verteufeln derartiges Gedankengut natürlich als indiskutabel, manche Polemiker erinnern da an die DDR. Doch selbst potenzielle Profiteure solcher Enteignungen stimmen da ein - auch Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, kritisierte in der Passauer Neuen Presse schon die Debatte an sich:

Durch derartige publikumswirksame Diskussionen, die sogar von einigen Politikern unterstützt werden, wird die Bereitschaft von privaten Investoren, neuen und zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, im Zweifel deutlich reduziert.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) beauftragte sogar den Verfassungsrechtsprofessor Helge Sodan, der schon einen gesetzlichen Mindestlohn in einer Studie von 2009 als "verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt" eingestuft hatte, mit einem Gutachten, das die Enteignungen zum juristischen Unding erklärte. Brisant daran ist, dass im BBU auch Berlins sechs städtische Wohnungsunternehmen Mitglieder sind, darüber hinaus etliche Genossenschaften. Deshalb gab es Protest gegen die vehemente Positionierung des Verbands gegen Enteignungen.

Künstlich aufregen konnten sich die üblichen Verdächtigen besonders schön, als der Grünen-Co-Vorsitzende Robert Habeck in lapidarer Übereinstimmung mit dem Grundgesetz sagte, Enteignungen von Immobilieneigentümerinnen seien "notfalls" das richtige Mittel, wenn die Bodenspekulation überhandnimmt.

Aber sogar andere Spitzen-Grüne wollten Habeck da nicht folgen, sondern sprachen sich undifferenziert gegen Enteignungen aus: Hessens Vize-Ministerpräsident und Bauminister Tarek Al-Wazir und dann auch Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württembergs, stimmten in den Chor derjenigen ein, die sagen: So eine Enteignung schafft keinen neuen Wohnraum, verschreckt vielleicht sogar Investorinnen und kostet viel zu viel Geld - nötig ist vielmehr Neubau.

Doch das ist, freundlich ausgedrückt, unreflektiert. Bezogen auf die Grünen muss sogar hinzugefügt werden, dass es unökologisch ist. Dem steht erstens entgegen, dass das Neubau-Gerede heutzutage generell oft ideologisch und kurzfristig ist. Zweitens ist das Verweisen auf hohe Enteignungsentschädigungen als eine Form der üblichen Politik-Simulation zu werten. Und drittens ignoriert diese anti-sozialistische Sichtweise die Situation der Hunderttausenden von Menschen, die allein in Berlin in den zu enteignenden Wohnungen leben.

"Neubau, Neubau über alles"?

Wer heute im politischen Raum "Neubau" sagt, ist meistens auf der sicheren Seite. Der Diskurs muss dann nur noch an die je relevante Bevölkerungsgruppe angepasst werden: Neubau für Familien, für Studierende, ökologischer Neubau, in der Innenstadt, am Stadtrand und so weiter. Dass Neubau für die Armen nur in völlig irrelevantem Ausmaß geschehen kann, ist egal, denn zu denen spricht sowieso kaum jemand.

Ein immenses Ausmaß an Neubau wollen irgendwie fast alle, von der FDP bis zu den MieterInnen-Vereinen. Sogar die tendenziell radikale Berliner Mietergemeinschaft trommelt seit Jahren massiv dafür.

Das ist aber, freundlich formuliert, kurzsichtig. Berlin und viele andere Städte wachsen ständig weiter. Wie lange soll der Nachfrage hinterhergebaut werden? Bis das letzte Stück Grün verschwunden ist? Als ob nicht Klimawandel und Ernährungswende (Stichwort "Essbare Stadt") den vorherrschenden Städtebau mit seinen Beton-Orgien längst diskreditiert hätten.

Und welche Qualität können die schnell hingeklotzten Wohnschachteln haben? Egal, beim sozial klingenden Neubau-Gerede haben schließlich etliche Akteure auch die Interessen der Baubranche im Hinterkopf.

Nötig sind hingegen strukturelle Lösungen. Anzufangen wäre mit der Bekämpfung der Stadt-Land-Diskrepanz. Die Landflucht scheint vor allem da weitgehend eingedämmt zu sein, wo kaum noch jemand fliehen kann. Dort ist dann oft die AfD besonders erfolgreich. Kürzlich erklärte der Chef des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle manche ostdeutschen Regionen zu hoffnungslosen Fällen, die aufgegeben werden könnten, womit er eine scharfe Debatte auslöste.

2015 sorgte der Architekt und Verleger Daniel Fuhrhop mit seinem Buch "Verbietet das Bauen!" für Aufsehen. Aus diversen Perspektiven ging er das Prinzip Neubau an, mit vielen Negativbeispielen und alternativen Projekten aus der ganzen Republik. Beispielsweise erwähnte er, dass seit dem Ende der DDR in Ostdeutschland ähnlich viele Wohnungen gebaut wie abgerissen wurden, und dass Studien, die einen großen Neubaubedarf verkünden, bisweilen von Verbänden der Immobilien- und Baustoffwirtschaft mitfinanziert werden.

Dem heutigen Mietenwahnsinn in Berlin und anderen Städten vor allem mit Neubau begegnen zu wollen, ist ebenfalls ein Wahnsinn.

Allein schon ökologisch: Im Bausektor ist Recycling die Ausnahme, die Energieverschwendung ist immens. Hinzu kommt: Wenn plötzlich ganz viel gebaut werden soll, werden nicht nur die Rohstoffe (wie Sand, der weltweit rar geworden ist) und ausführenden Firmen knapp, sondern die hohe Nachfrage steigert die Preise beträchtlich. Das weiß in Berlin jeder, der sich in den letzten Jahren auch nur am Rande mit dem Thema beschäftigt hat.

Deswegen, und wegen gelegentlichem Widerstand seitens der örtlichen Bevölkerung, hat der Berliner Senat seine Neubaupläne bei weitem nicht verwirklichen können. In dieser Legislaturperiode wollten SPD, Linke und Grüne 30.000 Wohnungen durch die städtischen Wohnungsfirmer errichten lassen. Kürzlich wurde das Ziel auf 25.000 gesenkt, und selbst über diese Vorgabe beschwerten sich die Firmen. Bis 2030 sollen in Berlin insgesamt 194.000 Wohnungen entstehen!

Wer beim Thema Enteignungen von Neubau redet, lenkt also ab. Es klingt nach Handlungsfähigkeit, die ist aber nicht wirklich vorhanden. Um nicht über unbequemere Themen zu reden, fassen sich Leute fraktionsübergreifend an den Händen und stimmen das Lied an: "Neubau, Neubau über alles!"

Wenn die Gegner von Enteignungen schon davon sprechen müssen, verweisen sie gerne auf die dafür angeblich nötige Verschuldung. Der Berliner Senat schätzt die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen auf Basis des Marktwerts der Häuser auf 28,8 bis 36 Milliarden Euro, was die Größenordnung eines ganzen Berliner Jahreshaushalts ist.

Daran gibt es fundierte Kritik, der zufolge der Senat die Kosten in 30 Jahren durch die Mieten reinholen könne - und das ohne Mieterhöhungen. Ein Sprecher des Volksbegehrens spricht von 7 bis 14 Milliarden Euro Entschädigungskosten. Die Initiative hat verschiedene Möglichkeiten und die Belastung für den Landeshaushalt durchgerechnet.

Das ist der richtige Ansatz. Einer Rechnung, die sich auf einen angenommenen Marktwert bezieht, muss endlich politisch vehement entgegengetreten werden! Genau diese Berechnungsweise erschwert es heute schon den Berliner Bezirken, in Milieuschutzgebieten ihr Vorkaufsrecht auszuüben. Die Häuser sind heutzutage eben horrend teuer, egal, ob ein Investor sie kauft, oder die öffentliche Hand.

In der Immobilienbranche gibt es hingegen eine Rechnung, die viel mehr Sinn ergibt und endlich zur Kernforderung städtischer Wohnungspolitik werden muss: Wer ein Haus kaufen will, berechnet, wann sich der Hauskauf durch die aktuellen Mieteinnahmen refinanziert. Wie hoch der Kaufpreis sein darf, hängt dann davon ab, in welchem Zeitraum das Geld wieder reinkommen soll. Üblich sind - oder waren mal - 20 bis 30 Jahre.

In Berlin ist so eine Berechnung freilich längst nicht mehr maßgeblich. Sehr oft wird egal welcher Preis gezahlt, weil von einer weiteren Preissteigerung ausgegangen wird, das Haus also teurer wiederverkauft werden soll. Die Alternative zum Verkauf: Irgendwie müssen die Mieteinnahmen stark erhöht werden. Da es da gesetzliche Grenzen und Schutzmechanismen gibt, muss eventuell auf die Verdrängung der bestehenden MieterInnen gesetzt werden.

Das Land könnte nun bei jedem zu enteignenden Haus die gesamten Mieteinnahmen auf 30 Jahre hochrechnen, davon die geschätzten Instandhaltungskosten abziehen und das Ergebnis als zu zahlende Entschädigung betrachten. Wenn die jetzige Eigentümerin beim Kauf mehr bezahlt hat, ist das ihr Pech, denn so ein auf Spekulation und/oder Verdrängung ausgerichtetes Geschäftsgebarren muss die öffentliche Hand nicht berücksichtigen.

Bei den einst vom Land privatisierten Wohnungen - nur wegen denen sind einige der großen Immobilienkonzerne so groß - könnte der Senat so vorgehen: Er zahlt die damalige Verkaufssumme zurück, plus Inflation, plus die nachgewiesenen Instandhaltungs- und Modernisierungsausgaben, minus die Mieteinnahmen. Dadurch könnte unterlaufen werden, sich, wie im ersten Vorschlag erwähnt,

nur an den heutigen, eventuell erhöhten Mieteinnahmen auszurichten.

Inwieweit all das juristisch durchgehen kann, weiß ich nicht. Aber eine Regierung, die es nicht mal versucht, soll sich nicht Vertreterin der einfachen Leute nennen. In der Politik ist Feigheit die Simulation von Politik.

Enteignungen schützen die aktuellen Mieterinnen und Mieter

Enteignungen schaffen keine neuen Wohnungen, aber sie bringen den hunderttausenden Leuten was, die in den enteigneten Häusern wohnen. Es geht beim Volksbegehren nämlich zumindest zum Teil um Firmen, die sich unbeliebt gemacht haben.

Zum Beispiel mit Rekordmieten von bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Oder weil sie "das soziale Gefüge des Kiezes" angreifen, wie ein Bezirksbürgermeister als Reaktion auf eine Wohnungsanzeige schrieb. Oder weil sie schon gerichtlich verurteilt worden sind, nachdem sie sich bei Neuvermietungen nicht an die sogenannte Mietpreisbremse gehalten hatten.

Einige dieser Firmen geben deutlich mehr für Modernisierungen (die oft auf die Miete umgelegt werden können) und deutlich weniger für Instandhaltung aus als städtische Wohnungsfirmen. Das hat eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung erbracht, die laut dpa noch nicht ganz fertig ist.

Ergebnisse wurden aber schon vorgestellt. Eine Übernahme durch die städtischen Wohnungsfirmen würde also das Leben in den Häusern tendenziell verbessern: weniger Stress durch Modernisierungsarbeiten, weniger Mietsteigerungen, (theoretisch) rechtzeitige und deshalb nicht übermäßig eingreifende Instandhaltungsmaßnahmen, weniger Angst vor Profitgier.

Hinzu kommt: Diese Firmen vertreiben auch Menschen, indem sie deren Wohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln und

verkaufen. Das geht sogar im Milieuschutzgebiet, da dauert es nur ein bisschen länger. Wer spekuliert und überteuerte Hauspreise zahlt, muss unter anderem auf die Umwandlung in Eigentumswohnungen setzen, um an seine Rendite zu kommen.

Das bedeutet Verdrängung, da die heutigen MieterInnen ihre Wohnung zu den aktuellen Preisen normalerweise nicht kaufen können. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen ist in Berlin immer noch sehr hoch, die Preise steigen immer weiter.

"Der Durchschnittskaufpreis aller im Jahr 2017 nicht in Paketen veräußerten Eigentumswohnungen lag 2017 bei 3626 Euro pro Quadratmeter", schrieb kürzlich das Mieterecho, die Zeitschrift der Berliner Mietergemeinschaft. Im Bezirk Mitte liege der Durchschnittspreis schon bei 5300 Euro. 2017 seien 25 Prozent mehr Wohnungen umgewandelt worden, als 2016.

Unlängst wurde ein Beispiel aus dem Stadtteil Wedding bekannt, der nicht gerade für begehrte Wohnlagen bekannt ist, aber zum Bezirk Mitte gehört. Die berühmt-berüchtigte Firma Deutsche Wohnen, die den Anstoß für das Volksbegehren gab, will dort Wohnungen zum Quadratmeterpreis von 3800 Euro umwandeln, für den zuständigen Baustadtrat "ein echter Hammer".

Enteignen alleine reicht nicht

Es gibt einen vierten, in der (Pseudo-)Debatte um die Immobilienenteignungen vernachlässigten Aspekt: Das Volksbegehren fordert auch, dass "die in Gemeineigentum überführten Bestände unter mehrheitlich demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft und Mieter*innen verwaltet werden".

Auch das wäre ein neuer Schritt und zwar in Richtung basisorientierter, nicht staatsfixierter Verwaltung von Gemeineigentum. Das könnte wegweisend auch für andere gesellschaftliche Bereiche sein.

2016 setzte der Berliner Senat als Reaktion auf den Versuch eines Volksentscheids, der sich gegen die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt richten sollte, neuartige Mieterräte für die städtischen Wohnungsfirmen ein. Allerdings waren die ersten Wahlen zu diesen Räten umstritten, weil einige Firmen dafür sorgten, dass kritische Leute nicht kandidieren durften. Da liegt der Wunsch nach mehr Selbstverwaltung nahe.

Es gibt also mehr als genug gute Gründe für die umstrittenen Enteignungen - und dafür, sich ausnahmsweise an Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zu halten, der in dieser Debatte sagte: Wer das Eigentum nicht mehr respektiert, "ändert unsere Gesellschaft von Grund auf". Schließlich sagte sogar Andreas Hofer, Chef der Internationalen Bauausstellung 2017 in Stuttgart, kürzlich in einem Interview mit der SZ: "Wenn man den Kapitalismus ernst nimmt, wird er Wohnungsnot produzieren, das ist seine Logik."

DIE WOHNUNG

Pjotr Alexejewitsch Kropotkin

I.

Diejenigen, welche mit Aufmerksamkeit der Ideenentwicklung bei den Arbeitern folgen, haben bemerken müssen, daß sich unter ihnen ganz unmerkbar ein Einverständnis über eine sehr wichtige Frage, über die Wohnungsfrage, herausbildet. Es ist unleugbar: in den Großstädten Frankreichs und ebenso in vielen kleineren kommen die Arbeiter mehr und mehr zu dem Schlusse, daß die Wohnhäuser keineswegs das Eigentum derer sein sollten, welche der Staat als deren Eigentümer anerkennt.

Diese Entwicklung vollzieht sich in den Geistern und man wird es die Arbeiter nicht mehr glauben machen können, daß das Eigentum an den Häusern etwas Gerechtes sei.

Das Haus ist nicht vom Eigentümer erbaut worden; es ist aufgerichtet, geputzt, tapeziert worden von Hunderten von Arbeitern, welche der Hunger auf die Bauplätze getrieben hat, welche das Bedürfnis, zu leben, gezwungen hat, einen verkürzten Lohn zu akzeptieren.

Das von dem angeblichen Eigentümer aufgewendete Geld war nicht das Produkt seiner eigenen Arbeit. Er hatte es aufgehäuft – was der Fall bei allen Reichtümern ist – indem er den Arbeitern zwei Drittel oder nur die Hälfte von dem, was er ihnen eigentlich schuldete, zahlte.

Endlich – und gerade hier springt die Ungeheuerlichkeit dieser Institution am klarsten in die Augen – verdankt das Haus seinen gegenwärtigen Wert einzig dem Nutzen, den der Eigentümer aus ihm ziehen kann. Und dieser Nutzen wird dem Umstande gedankt, daß das Haus in einer gepflasterten, mit Gas erleuchteten Stadt liegt, einer Stadt, die in regelmäßiger Verbindung mit anderen Städten

steht, und in ihrem Busen industrielle Etablissements, Handels- und Kunstinstitute vereinigt; daß dieser Ort mit Brücken, Quais und Monumenten der Architektur geschmückt ist und dem Bewohner tausenderlei Komfort und Annehmlichkeiten bietet, die dem Dorfe unbekannt sind; kurz, daß zwanzig, dreißig Generationen daran gearbeitet haben, ihn zu einer wohnlichen, gesunden und schönen Stadt zu machen.

Der Wert eines Hauses in bestimmten Vierteln von Paris beträgt eine Million, nicht weil es für eine Million Arbeit enthält, sondern weil es in Paris liegt; weil seit Jahrhunderten Arbeiter, Künstler, Denker, Gelehrte und Schriftsteller ihre Mühen vereinigt haben, um Paris zu dem zu machen, was es heute ist: ein Zentrum der Industrie, des Handels, der Politik, der Kunst und der Wissenschaft; weil es eine Vergangenheit hat; weil seine Straßen dank der Literatur bekannt sind – in der Provinz wie im Ausland; weil es ein Produkt der Arbeit von 18 Jahrhunderten, von 50 Generationen der gesamten französischen Nation ist.

Wer hat da das Recht, den kleinsten Teil dieses Terrains oder das letzte der Häuser sein Eigen zu nennen, ohne eine schreiende Ungerechtigkeit zu begehen? Wer hat da ein Recht, das kleinste Teilchen des gemeinsamen Erbteils zu verkaufen, an wen es auch sei?

*

Darüber, sagen wir, besteht unter den Arbeitern nur ein Einverständnis. Die Idee der unentgeltlichen Wohnung hat sich während der Belagerung von Paris klar offenbart, damals, als man klipp und klar den Erlaß des von den Eigentümern geforderten Mietzinses verlangte. Sie hat sich auch noch während der Kommune vom Jahre 1871 offenbart, als der Pariser Arbeiter von dem Rat der Kommune eine mannhafte Entscheidung bezüglich der Abschaffung des Mietzinses erwartete. Dieses wird immer die erste Sorge des Armen sein, sobald eine Revolution ausgebrochen ist.

In derartigen Zeiten oder überhaupt nicht bedarf der Arbeiter eines Schlupfwinkels, einer Wohnung. Doch so schlecht, so ungesund sie auch sei, es gibt immer einen Eigentümer, welcher die Proletarier daraus vertreiben könnte. Allerdings wird während der revolutionären Epoche der Eigentümer keinen Gerichtsvollzieher noch Polizisten an der Hand haben, der das Lumpenpack auf die Straße wirft. Aber wer weiß, ob sich nicht morgen schon eine neue Regierung, so revolutionär sie sich auch gebärdete, eine exekutive Gewalt schafft und die Polizeimeute gegen die Arbeiter los läßt. Man hat wohl gesehen, daß die Kommune den Erlaß des Mietzinses bis zum 1. April proklamierte – aber eben nur bis zum 1. April. Nach diesem Termin mußte er wieder erlegt werden. Selbst als in Paris alles „drunter und drüber“ war, selbst als die gesamte Industrie ruhte und der Revolutionär einzig auf seine 30 Sous (Mk. 1,20) angewiesen war.

Der Arbeiter muß wissen, daß eine Mietsfreiheit nicht allein die Folge einer zufälligen Desorganisation der exekutiven Macht sein darf. Er muß wissen, daß die Unentgeltlichkeit der Wohnung im Prinzip anerkannt und durch Volkszustimmung gewissermaßen sanktioniert ist; daß die unentgeltliche Wohnung ein Recht, ein vom Volke laut proklamiertes Recht bedeutet.

*

Können wir nun erwarten, daß diese Maßnahme, so sehr dem Gerechtigkeitsgefühl jedes rechtlich denkenden Mannes zusagend, von den Sozialisten ergriffen werden wird, von jenen Sozialisten, die im Verein mit Bourgeois sich einst in einer provisorischen Regierung befinden werden? Wir würden lange darauf warten können – bis zur Wiederkehr der Reaktion!

Aus diesem Grunde sollten auch alle aufrichtigen Revolutionäre, auf Schärpe und Käppi, die Insignien der Herrschaft und Knechtschaft, verzichtend und auf der Seite des Volkes verbleibend, mit dem Volke darauf hinarbeiten, daß die Expropriation der Häuser eine vollendete Tatsache wird. Sie sollten darauf hinarbeiten, daß der allgemeine

Ideengang eine derartige Richtung annimmt, sie sollten sich bemühen, diese Ideen zu verwirklichen. Und wenn sie gereift sein werden, wird das Volk zur Expropriation der Häuser schreiten, ohne den Theorien Achtung zu schenken, die man ihm zweifelsohne zwischen die Füße werfen wird, jene Theorien über die Entschädigung der Eigentümer und andere Hirngespinnste.

An dem Tage, wo die Expropriation der Häuser geschehen sein wird, wird der Ausgebeutete, der Arbeiter, begriffen haben, daß neue Zeiten angebrochen sind, daß er nicht mehr den Rücken vor den Reichen und Angesehenen zu beugen hat, daß die Gleichheit aller ein Recht geworden, daß die Revolution eine vollendete Tatsache ist und nicht ein Theatercoup, wie man deren in dieser Richtung schon zu viele gesehen hat.

II.

Wenn die Idee der Expropriation eine populäre wird, so wird ihre Verwirklichung keineswegs vor unüberwindlichen Hindernissen, mit denen man uns stets zu drohen beliebt, Halt manchen müssen.

Gewiß, die betroffenen Herren, welche auf den leeren Sesseln der Ministerien und des Hotel de Ville Platz genommen haben werden, werden nicht verfehlen, derartige Hindernisse aufzutürmen. Sie werden davon sprechen, daß man die Eigentümer schadlos halten, daß man zu diesem Zwecke Statistiken und Berichte anfertigen müsse – und diese Berichte werden dann so lang sein, und deren Verlesung wird so lange währen, daß das Volk inzwischen vor Elend verkommt und, an der Revolution verzweifelnd, den Reaktionären freien Spielraum läßt; kurz, sie werden damit endigen, einem Jeden die bureaukratische Expropriation verhaßt zu machen.

Das ist in der Tat eine Klippe, an der alles scheitern kann. Wenn aber das Volk den falschen Beweisführungen, mit denen man es zu verblenden sucht, kein Gehör schenkt, wenn es begreift, daß ein

neues Leben neue Wege erfordert, und wenn es die Führung seiner Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt, – dann wird die Expropriation keine großen Schwierigkeiten haben.

„Doch wie? Wie soll sie vor sich gehen?“ wird man uns fragen. Wir werden es sagen, wenn auch mit einer Reserve. Es widerstrebt uns, einen Expropriationsplan bis in seine kleinsten Details auszuarbeiten. Wir wissen im voraus, daß alles das, was heute ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen plant, vom wirklichen Leben überholt werden wird. Dieses – sagen wir uns – wird alles das, was man ihm vorschreiben könnte, besser und einfacher verwirklichen.

Und wenn wir die Methode skizzieren, nach welcher die Expropriation und die Verteilung der expropriierten Reichtümer ohne die Intervention einer Regierung stattfinden könnte, so tun wir dies nur, um denjenigen zu antworten, die dieses für unmöglich erklären. Auch möchten wir erinnern, daß wir keineswegs die Absicht haben, diese oder jene Organisationsform zu prophezeien. Was uns von Wichtigkeit ist, das ist einzig der Nachweis, daß die Expropriation durch die Initiative des Volkes möglich ist, oder sogar allein durch diese möglich ist.

*

Es ist vorauszusehen, daß mit den ersten Akten der Expropriation in jedem Viertel, in jeder Straße, für jeden Häuserkomplex sich Gruppen wohlgesinnter Bürger bilden werden, die bereitwillig die Zahlen der leerstehenden Wohnungen, der Wohnungen, die von zu zahlreichen Familien eingenommen werden, der ungesunden Räume, der Häuser ermitteln werden, die zu geräumig für ihre Insassen sind und noch von anderen und denen bewohnt werden könnten, denen Luft und Licht in ihren gegenwärtigen Höhlen mangelt. In einigen Tagen werden diese Freiwilligen für jede Straße, jedes Viertel genaue Listen über alle Wohnungen angefertigt haben, mit den Angaben, ob sie gesund oder ungesund, ob sie zu eng oder zu geräumig, ob sie sich in schlechtem oder gutem Zustand befinden.

Aus freiem Antriebe werden sie die Resultate ihrer Listen vereinigen und in wenigen Tagen werden sie eine vollständige Statistik haben. Der Ort für trügerische Statistiken sind die Bureaus; die wahre exakte Statistik kann nur vom Individuum ausgehen; sie muß vom Einfachen zum Komplizierten aufsteigen und nicht umgekehrt.

Und dann, ohne auf Jemandes Befehl zu warten, werden diese Bürger ihre Kameraden, die in Pesthöhlen wohnen, aufsuchen und werden zu ihnen sprechen: „Dieses Mal, Kameraden, bringt die Revolution etwas Gutes. Kommt heute abend nach dem und dem Ort. Das ganze Viertel wird dort versammelt sein und man wird die Wohnungen verteilen. Wenn es euch nicht in eurem Loche gefällt, so werdet ihr euch eine der Wohnungen, sagen wir zu 5 Zimmern, auswählen. Und wenn ihr sie dann bezogen habt, so wird euch für immer geholfen sein. Das Volk wird dann mit dem ein Wörtchen reden, der euch aus ihr zu entfernen wünschte.

*

„Aber jeder wird dann eine Wohnung mit 20 Zimmern haben wollen!“ – wird man uns entgegenen.

Das ist ein Irrtum. Niemals hat das Volk Unmögliches verlangt. Im Gegenteil, so oft wir sie als Gleichgestellte an die Aufgabe treten sahen, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, waren wir immer von dem Opfermut und dem Gerechtigkeitsgefühl betroffen, von dem die Masse beseelt war. Hat man jemals das Volk das Unmögliche fordern sehen, als es während der zwei Belagerungen sich seine Rationen Brot und Holz holen ging? Man stellte sich ordnungsmäßig hintereinander auf, so wie man gekommen war, und zwar mit einer Resignation, über welche die Korrespondenten der ausländischen Journale sich nicht genug wundern konnten, und dies, obwohl man wußte, daß die zuletzt Gekommenen den Tag ohne Brot und Holz zubringen mußten.

Gewiß, es finden sich viel egoistische Instinkte bei den isolierten Individuen unserer Gesellschaften. Wir wissen dies sehr wohl. Aber

wir wissen auch, daß das beste Mittel, diese Instinkte zu wecken oder zu nähren, wäre, wenn man die Regelung der Wohnungsfrage irgend einem Bureau anvertraute. Dann werden allerdings alle jene häßlichen Leidenschaften zutage treten. Und alles wird der entgelten müssen, der in diesem Bureau den größten Einfluß hat. Die geringste Ungleichheit wird großes Geschrei erwecken, der geringste Vorteil, der Jemandem gewährt wird, wird den Vorwurf der Bestechlichkeit laut werden lassen – und dies nicht ohne Grund!

Wenn indessen das Volk selbst, nach Straßen, Vierteln, Bezirken vereinigt, die Aufgabe auf sich nimmt, die Bewohner der Höhlen in den allzu geräumigen Wohnungen der Reichen unterzubringen, so werden die geringen Unzuträglichkeiten und die kleinen Ungleichheiten, die sich einstellen sollten, leicht aufgenommen werden. Man hat selten an die edlen Instinkte der Massen appelliert. Man hat es zuweilen während der Revolution getan, als es sich darum handelte, das versinkende Schiff zu retten – und niemals hat man sich dabei enttäuscht gefunden. Der Mann der Arbeit hat stets dem Appell an großen Opfermut zu entsprechen gewußt.

So wird es auch in einer kommenden Revolution sein.

*

Trotz alledem werden wahrlich Ungerechtigkeiten unvermeidlich sein. Es gibt Individuen in unseren Gesellschaften, die selbst ein großes Ereignis nicht aus ihrem egoistischen Geleise bringen wird. Aber es handelt sich hier auch gar nicht darum, ob es noch Ungerechtigkeiten geben wird oder nicht, sondern es handelt sich um die Mittel und Wege, mittels deren man ihre Zahl beschränken kann.

Nun, die gesamte Geschichte, die gesamte Erfahrung der Menschheit, ebenso wie die Psychologie der Gesellschaften bestätigen, daß das geeignetste Mittel dafür heißt: Die Interessenten ihre eigenen Angelegenheiten selbständig regeln zu lassen. Sie allein können die tausend Einzelheiten, die notwendig dem Bürokraten entgehen müssen, bemerken und ihnen abhelfen.

III.

Uebrigens würde es sich auch gar nicht darum handeln, mit einem Schlage eine absolut gleiche Verteilung der Wohnungen zu erreichen; die kleinen Unzuträglichkeiten, unter denen vielleicht noch manche Wirtschaften zu leiden haben würden, ließen sich leicht und bald in einer Gesellschaft beseitigen, die sich auf dem Wege der Expropriation befindet.

Vorausgesetzt, daß die Maurer, die Steinmetzen - kurz, die Bauarbeiter - wissen, daß ihre Existenz gesichert ist, so werden sie sich gern für einige Stunden täglich der Arbeit widmen, die sie gewohnt sind. Sie werden mit jenen großen Wohnungen, die einen ganzen Stab von Dienern erfordern, aufräumen. In wenigen Monaten werden nötigenfalls Hunderte von Häusern, viel praktischer und gesunder eingerichtet als die heutigen, entstanden sein. Und vor der Hand wird die anarchistische Kommune zu denen, die noch ein ungenügendes Heim haben, sagen:

„Geduldet euch ein wenig, Kameraden! Gesunde, komfortable und schöne Paläste, allen denen, welche die Kapitalisten erbauten, weit überlegen, werden sich in Kürze auf dem Boden der freien Stadt erheben. Sie werden denen gehören, die deren am meisten bedürfen. Die anarchistische Kommune baut nicht, um für sich Vorteile zu schaffen. Die Gebäude - wahre Monumente, welche sie für ihre Bürger errichtet, werden, ein Produkt des Kollektivgeistes, der ganzen Menschheit als Muster dienen und - sie werden euch gehören.“

Wenn das revoltierende Volk die Häuser expropriert und die Unentgeltlichkeit der Wohnung, die Ueberführung sämtlicher Gelasse in Gemeineigentum und das Recht jeder Familie auf ein gesundes Quartier proklamiert, so wird die Revolution mit ihrem Beginn einen kommunistischen Charakter haben und wird einen Weg einschlagen, von dem man sie nicht so bald wieder abbringen kann.

Sie wird einen tödlichen Streich gegen das individuelle Eigentum geführt haben.

Die Expropriation der Häuser birgt im Keime die ganze Revolution in sich. Von der Art, wie sich erstere vollzieht, wird der Charakter der weiteren Ereignisse abhängen. Entweder öffnen wir mit derselben eine breite und ebene Bahn zum anarchistischen Kommunismus, oder wir werden noch weiterhin in dem Schmutze des autoritären Individualismus herumwaten.

*

Es ist leicht, die tausend Einwürfe, die man uns machen wird und die theils theoretischer, theils praktischer Natur sind, vorherzusehen.

Da es sich darum handelt, um jeden Preis die Ungleichheit zu erhalten, so ist es sicher, daß man im Namen der Gerechtigkeit sprechen wird: „Ist es nicht unerhört, daß die Pariser sich in ihrem Interesse der schönen Paläste bemächtigen und den Bauern ihre Ställe lassen wollen?“ wird man ausrufen. Doch lassen wir uns nicht täuschen. Diese mutigen Verfechter der Gerechtigkeit übersehen mit einer ihnen eigenen Geistesgewandtheit vollständig die schreiende Ungleichheit, zu deren Verteidiger sie sich machen. Sie vergessen, daß der Pariser Arbeiter in seiner Höhle von Wohnung erstickt – er, seine Frau und seine Kinder – während er von seinem Fenster aus den Palast des Reichen erblickt. Sie vergessen, daß ganze Generationen in den überfüllten Vierteln aus Mangel an Luft und Licht umkommen und daß die Beseitigung dieser horrenden Ungerechtigkeit die erste Pflicht der Revolution sein müßte.

Lassen wir uns nicht in unserem Werke durch diese nur dem Eigennutze entstammenden Einwürfe aufhalten. Wir wissen, daß die Ungleichheit, welche wirklich zwischen Paris und dem Dorfe bestehen könnte, zu denen gehört, welche sich mit jedem Tag vermindern lassen; das Dorf wird nicht verfehlen, sich gesündere Wohnungen zu geben von dem Augenblick an, wo der Bauer nicht mehr das Lasttier des Pächters, des Fabrikanten, des Wucherers und

des Staates ist. Um eine zeitweilige und leicht zu beseitigende Ungerechtigkeit zu vermeiden, sollte es nötig sein, die seit Jahrhunderten bestehende und ungeheure Ungleichheit aufrecht zu erhalten?

*

Die sogenannten praktischen Einwürfe sind von gleicher Beweiskraft.

„Seht euch einmal jenen armen Teufel an“, wird man zu uns sagen. „Auf Grund von Entbehrungen hat er sich endlich für sich und die Seinen ein Häuschen erwerben können. Er ist darin glücklich; und ihr wollt ihn auf die Straße werfen?“

– Gewiß nicht! Wenn sein Häuschen gerade dazu hinreicht, um seiner Familie ein Obdach zu geben, so möge er es weiter bewohnen, wir haben keineswegs etwas dagegen; möge er auch weiterhin den von seinen Fenstern gelegenen Garten kultivieren. Unsere Genossen werden nötigenfalls ihn aufsuchen und ihm die Bruderhand bieten. Aber wenn sich in seinem Hause ein Gemach befindet, daß er an einen anderen vermietet, so wird das Volk letzteren aufsuchen und zu ihm sprechen: Wisse, Kamerad! Du schuldest jenem Alten nichts mehr. Bleibe in deinem Gemache, aber zahle keinen Mietzins fürderhin. Du brauchst keinen Gerichtsvollzieher mehr zu fürchten.

Und wenn der Eigentümer für sich allein zwanzig Zimmer bewohnt und es in dem gleichen Viertel eine Mutter mit fünf Kindern gibt, die nur ein Zimmer besitzt, so wird das Volk sehen, ob es unter den zwanzig Zimmern nicht einige gibt, die nach etlichen Umänderungen ein nettes kleines Quartier für die Mutter mit den fünf Kinderchen abgeben könnte. Wäre es etwa gerechter, die Mutter und die fünf Kleinen in der stallähnlichen Wohnung zu belassen und den wohlgenährten Herrn im Schlosse? Auch der reiche Herr wird sich übrigens bald in eine solche Aenderung schicken; sobald er keine Bedienten mehr hat, die ihm seine zwanzig Zimmer in Ordnung

halten, wird die „gnädige Frau“ froh sein, wenn sie die Hälfte der Räumlichkeiten abgeben kann.

– „Aber dies wird ein vollständiges Wirrwarr bedeuten“, werden die Verteidiger der Ordnung rufen. „Die Wohnungswechsel werden kein Ende nehmen. Dies käme einem Zustand gleich, wo alle Welt auf die Straße geworfen und dann eine Verlosung der Wohnungen vorgenommen würde.“ – Nun, wir sind überzeugt, daß, falls sich keine Regierung hineinmischt, und falls man die ganze Umgestaltung den Händen der spontan zu diesem Zwecke sich bildenden Gruppen überläßt, die Wohnungswechsel weniger zahlreich sein werden, als sie es heute im Verlauf eines Jahres infolge der Habgier der Eigentümer sind.

Es gibt erstlich in allen einigermaßen großen Städten eine so große Anzahl unbenutzter Wohnungen, daß diese fast genügen, um dem größten Teil der Höhlenbewohner ein nettes Heim zu bieten. Was die Paläste und die kostbaren Quartiere anbelangt, so würden viele Arbeiterfamilien auf ein Beziehen derselben verzichten: man kann sich ihrer nicht bedienen, wenn man nicht eine zahlreiche Dienerschaft zur Verfügung hat. Auch ihre heutigen Bewohner würden sich bald gezwungen sehen, sich nach weniger luxuriösen Wohnungen umzusehen, in denen die Bankiersfrau dann selbst ihre Köchin spielen wird. Und allmählig, ohne daß es nötig wäre, den Bankier mittels einer Eskorte in die Mansarde zu geleiten und den Bewohner der Mansarde in den Palast des Bankiers, würde die Bevölkerung sich in Güte in die vorhandenen Wohnungen teilen und zwar, ohne daß es Anlaß zu großer Unordnung gäbe. Sieht man nicht auch die Agrarkommunen ihre Felder verteilen, ohne die augenblicklichen Inhaber der Parzellen in ihrer Gesamtheit beträchtlich zu stören?

Muß man nicht einfach die Einfachheit und Scharfsichtigkeit der Maßnahmen, zu denen die Agrarkommune ihre Zuflucht nimmt, bewundern? Die russische Landgemeinde – und dies Faktum ist

durch Bände von Untersuchungen bewiesen, – hat einen geringeren Wechsel der Besitzer auf ihren Ländereien aufzuweisen, als das individuelle Eigentum mit seinen von den Gerichtshöfen ausgefochtenen Prozessen! Und man will uns glauben machen, daß die Bevölkerung einer großen europäischen Stadt töricht und von geringerem Organisationstalent sein würde, als die russischen Bauern oder die Hindus!

Uebrigens bedeutet jede Revolution eine gewisse Störung des täglichen Einerlei und diejenigen, welche eine große Krisis zu überstehen hoffen, ohne daß ihre Hausfrau bei ihrem Kochtopf gestört würde, laufen Gefahr, arge Enttäuschungen zu erleiden. Man kann eine Regierung wechseln, ohne daß der brave Familienvater sein Essen eine Stunde später bekäme; indes man kann nicht in gleicher ruhiger Weise die Verbrechen, welche eine Gesellschaft an ihren Ernährern begangen hat, wieder gut machen.

Es wird sicherlich ein gewisses Wirrwarr geben. Allein es ist notwendig, daß dieses Wirrwarr nicht zwecklos stattfindet und daß es auf ein verschwindendes Maß reduziert wird. Und dieses ist gut möglich – wir werden nicht müde, es zu wiederholen – wenn man sich an die Interessenten selbst wendet und nicht an die Bureaus; alsdann wird jedermann nur einem Minimum von Unzuträglichkeiten ausgesetzt sein.

Das Volk begeht Dummheit über Dummheit, wenn es in den Urnen zwischen den Schönrednern, zwischen jenen Prahlern wählen soll, welche sich die Ehre anmaßen, es zu vertreten, und beanspruchen, alles zu tun, alles zu wissen, alles zu organisieren. Aber wenn es sich darum handelt, etwas zu organisieren, etwas, das es kennt, was es direkt angeht, so macht es dies besser, als alle Bureaus. Hat man dies nicht in der Kommune gesehen? Sieht man es nicht alle Tage in jeder Landgemeinde?

NOTIZEN

Café Sabot

KAFFEE UND KUCHEN

DISKUSSIONSTEXT

GEFANGENEN-SCHREIBECKE

INFOTISCH

KINDERECKE

RAUCHFREI

Kommt vorbei zu Kaffee und Kuchen, durchsucht den Infotisch nach interessanten Texten oder diskutiert den monatlich wechselnden Diskussionstext mit uns. Den aktuellen Text findet ihr auf unserer Website. Außerdem wird es ein Schreibecke geben, wo ihr Postkarten und Briefe an Gefangene schreiben könnt.



IMMER AM 2. SONNTAG IM MONAT

VON 14 BIS 18 UHR

WO?

STADTTEILLADEN "LUNTE"

WEISESTR. 53

U-BHF BODDINSTRASSE

MEHR INFOS AUF:

WWW. **SABOT**⁴⁴ .ORG